

Hausbesetzungen und Repression

-- ein kleiner Ratgeber für die Praxis --



Rote Hilfe Ortsgruppe Hamburg
&
Café de Kraak



Inhalt

Hausbesetzungen und Repression	3
Die Situation in Hamburg	4
Chronologie: Hausbesetzungen in Hamburg seit 2009	6
Wie geht eine Räumung vonstatten?	8
Kleine Rechtsfibel zu Besetzungen und Räumungen	10
Selbstdarstellung der Roten Hilfe OG Hamburg	13
Selbstdarstellung Café de Kraak	14
Weitere unterstützende Gruppen in Hamburg & Lesetipps	15

Impressum

Herausgegeben von der Roten Hilfe e.V. Ortsgruppe Hamburg

Die Broschüre geht im Wesentlichen zurück auf die Broschüre „Hausbesetzungen und Repression“ der Roten Hilfe Frankfurt/Main, downloadbar unter: <http://rhffm.blogspot.eu/>

Die Bilder stammen von Genoss_innen, solidarischen Fotograf_innen, libertären Seiten und aus Archiven von Linksunten – danke dafür ♥

Kopieren und Verteilen erwünscht!

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Name“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts.

Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur sie – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

V.i.S.d.P: H.Lange, PF 3255, 37022 Göttingen

Hausbesetzungen und Repression

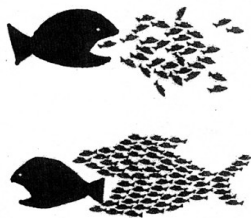
Repression hat viele Gesichter. Sie kann überwachen, kontrollieren, unterwerfen, demütigen, strafen, oder auch abschrecken. Sie kann System haben, wie durch die bloße Existenz von Strafrechtskatalogen, oder unberechenbar sein wie das wahllose Verprügeln von Demonstrierenden.

Repression funktioniert also schon, wenn ihr euch im Vorfeld von ihr einschüchtern lasst. Die Staatsgewalt droht mit Repression, damit ihr Besetzungen „freiwillig“ abbrecht, obwohl ihr lieber langfristig bleiben wollt. Häuser bekommt mensch nicht geschenkt, sie werden erkämpft - warum also rausgehen?

Eure Gründe können ganz unterschiedliche sein: Vielleicht habt ihr Angst, verurteilt zu werden und dann keinen Job zu finden. Vielleicht habt ihr Asthma und wisst, dass Pfefferspray für euch gefährlich sein kann. Auch ist klar, dass Repression und Polizeigewalt nicht alle Menschen gleich stark trifft. Rassistische und sexistische Polizeigewalt kommen für People of Color und Schwarze sowie Frauen* als auch für Trans- oder Intersexuelle noch erschwerend dazu.

Paragrafen, die mit Gefängnisstrafen drohen, schüchtern ein - aber das heißt nicht, dass ihr für eine Besetzung tatsächlich im Knast landet. Polizei und Justiz sind Komplexe, die manchmal schwer zu verstehen, aber nicht völlig undurchschaubar sind. Trotz aller Repression bleiben euch Handlungsspielräume, die selbst bei einer unfreiwilligen Räumung, Anzeigen, Festnahmen und Gerichtsprozessen dazu führen können, dass ihr möglichst ungeschoren davon kommt.

In dieser Broschüre wollen wir euch darüber aufklären, wie die Staatsgewalt bei einer Räumung vorgeht, welche rechtlichen Spielräume es für beide Seiten gibt, welches rechtliches Nachspiel das für euch haben kann und welche Handlungsmöglichkeiten sich dann für euch auftun. **Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird** - und auch die staatliche Repression ist nicht so schlimm, dass ihr zu vollkommener Handlungsunfähigkeit verdammt seid. Es liegt an uns, einen Umgang damit zu finden.



Die Situation in Hamburg

von *Café de Kraak*

Die Stadt Hamburg ist mit rund 1,7 Mio. dort lebenden Menschen eine der größten Metropolen im mitteleuropäischen Raum. Als Wirtschaftsstandort, u.a. mit ihrem riesigen Dienstleistungssektor und ihrer hohen Anzahl an Fachhochschulen und Universitäten ist die Hansestadt ein äußerst beliebter Anziehungspunkt für Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet. Jahr für Jahr entscheiden sich mehr für einen Umzug nach Hamburg. Im Jahr 2011 lag die Zahl der Neuzuzüge bei über 12.000¹ mit einer steigenden Tendenz.

Das hat natürlich entsprechende Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Dieser orientiert sich in dieser kapitalistischen Gesellschaft ohnehin nicht an den Grundbedürfnissen der Menschen, sondern basiert auf Privateigentum und ist vorrangig auf die maximale Steigerung des Profits ausgerichtet. Wohnraum in Hamburg wird immer knapper und exklusiver. Die starke Nachfrage tut dann ihr Übriges: Wohnungsbesichtigungen mit bis zu 100 Suchenden, die der Willkür der Immobilienmakler_innen ausgeliefert sind, welche einfach Mieter_innen nach dem höchsten Einkommen aussuchen oder, wie Zeitungen herausgefunden haben, sogar die Not der Menschen durch Versteigerungen verhöhnen².

Dazu kommt häufig eine Courtage in Höhe von bis zu mehreren Monatsmieten, die nur an die Makler_in für die Vermittlung gezahlt wird und in keinem Verhältnis zum Arbeitsaufwand der Vermittlung steht. Ein weiterer Punkt, der die Situation noch problematischer gestaltet, ist die Entwicklung der Mieten in Hamburg. Diese steigen seit Jahren kontinuierlich an und werden durch die Knappheit an Wohnraum noch verschärft. So sind 15 €/m²³ kalt keine Seltenheit, sondern fast schon die Regel. Selbst in den Stadtteilen der Hamburger „Randbezirke“ wie Billstedt oder Harburg, die als „günstig“ gelten, steigen die Mieten rasant und nähern sich immer häufiger an die Preise der „hippen“ Innenstadtviertel wie St. Pauli oder das Schanzenviertel an.

Seitens der Hamburger Regierung wird kaum etwas unternommen, um diese Missstände zu bekämpfen. Im Gegenteil: Für Prestige-Projekte wie die Elbphilharmonie, die Hafencity und die dazugehörige U4, die sich klar an den Einkommen der Mittel- und Oberschicht ausrichten, und die IBA und die igs werden Milliarden ausgegeben. Einer vermeintlichen Offensive im Wohnungsbau, die ohnehin nur 1.200 öffentlich geförderte Wohnungen mit Einstiegsmietten von 5,90 Euro/m² vorsieht, sind bei weitem

1 Statistikamt Nord

2 <http://www.mopo.de/nachrichten/mietervereine-sind-empoert--die-dreisten-luegen-des-gier-maklers,5067140,22213242.html>

3 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vergleich-von-mietenspiegel-und-mietangeboten-in-hamburg-a-887525.html>

nicht genug Taten gefolgt. Zur gleichen Zeit stehen weit über 100 Häuser leer, die der Stadt gehören⁴. Dazu kommen noch weitere Leerstände⁵ von privaten Eigentümer_innen und zirka 1,2 Mio m²⁶ an ungenutztem Büroraum.

Besetze deine Stadt

Doch seit etwa 2009 regt sich vermehrt Widerstand bei vielen Menschen in Hamburg. Mit der Gründung des Recht auf Stadt-Bündnisses wurde ein wichtiger Schritt zur Vernetzung der einzelnen Kämpfe getan. Und auch der 22. August 2009 hat uns gezeigt, dass das Besetzen von Häusern in Hamburg kein Ding der Unmöglichkeit ist. An diesem Tag besetzten Künstler_innen leere Häuser zwischen der City und der Neustadt, die letzten Überbleibsel des Gängeviertels. Sie schafften es, dass die Stadt das Viertel einem privaten Investor abkaufte und erschufen somit einen kulturellen und individuellen Freiraum für viele Menschen.

Doch trotz des Erfolges dieser Besetzung fährt die Stadt sowie sein Polizeiapparat eine Nulltoleranzlinie bei Haus- und Platzbesetzungen. Seit dem Herbst 2012 kommt es wieder vermehrt zu Besetzungen. Ein Bündnis, gebildet aus Studierenden, Auszubildenden und Aktivist_innen, welches nicht mehr „Schlaflos in Hamburg“ sein wollte, führte Demonstrationen und Aktionstage durch. In Hamburg-Horn kam es am 03.11.12 und auf St. Pauli am 10.11.12 zu temporären Besetzungen. Neben Scheinbesetzungen und Besetzungen, die eher exklusiv, sprich reingehen, Tür zu, sind, verbreitet sich in letzter Zeit auch ein offeneres Konzept. Hier werden die Türen geöffnet und es allen Menschen, Nachbar_innen wie Aktivist_innen, ermöglicht, sich zu beteiligen und sich das leere Haus auch von innen anzuschauen. Das Ganze wird zudem häufig mit einem kulturellen Rahmenprogramm begleitet – wie zum Beispiel KüfAs, Küchen für alle, oder einem mobilen Soundsystem.

In allen Fällen ging und geht die Polizei weiterhin martialisch und brutal vor. Der Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray gegen sich solidarisch erklärende Menschen außerhalb des Hauses ist absoluter Standard geworden. Die Tendenz zu Hausbesetzungen bereitet den Sicherheitsbehörden so viel Kopfschmerzen, dass sie sogar Finger- und Schuhabdrücke in Häusern nehmen, wo es zu gar keiner Besetzung kam und aufgrund dessen Hausdurchsuchungen vornehmen⁷. Und dennoch, immer mehr Menschen beginnen sich zu organisieren, um diesen Verhältnissen etwas entgegenzusetzen. Seien es die Hausbesetzungen, die unter Androhung von Gewalt verhinderte Platzbesetzung von geflüchteten Aktivist_innen

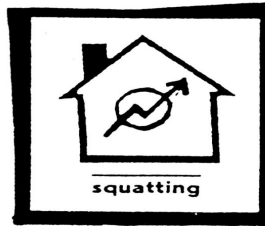
4 <http://www.mopo.de/politik/-immobilienspekulation--200-hauser-stehen-leer--die-stadt-als-spekulant,5067150,16062064.html>

5 [Leerstandsmelder.de](http://www.leerstandsmelder.de)

6 <http://www.abendblatt.de/wirtschaft/article112853667/Bueromieten-in-Hamburg-sinken-um-sechs-Prozent.html>

7 <http://de.indymedia.org/2013/04/343405.shtml>

der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ im Mai 2013, der Widerstand gegen Zwangsräumungen oder Mieter_innen-Initiativen: Alle verbindet der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben in Würde und die Kritik des Kapitalismus und den „Hamburger Zuständen“.



Chronologie: Hausbesetzungen in Hamburg seit 2009

24. August
2009

Gängeviertel

Das Ensemble historischer Terrassenhäuser und Hinterhoffabriken, im Besitz einer Investmentfirma, sollte teilweise abgerissen werden. Es wurde von der Künstlergemeinschaft *Komm in die Gänge* besetzt und von der Stadt Hamburg zurückgekauft. Die Erhaltung ist angestrebt.

29. November
2009

Marktstraße 137

Das seit Jahren leerstehende Haus wird während der Bambule-Bauwagendemo besetzt und kurze Zeit später von der Polizei geräumt. Es kommt zu kleinen Scharmützeln mit der Polizei in den umliegenden Straßen.

30. Mai 2010

Erotic-Art-Museum / Bernhard-Nocht-Straße

Das zum Abriss vorgesehene historische Gebäude wurde von Gentrifizierungsgegner_innen besetzt. Die Räumung erfolgte wenige Stunden später.

16. Oktober
2010

Juliusstraße 40 / Ecke Schulterblatt

Das Gründerzeithaus, nach Kriegszerstörungen nur provisorisch hergerichtet, wurde ab 2006 umfassend saniert und teilweise im alten Stil wieder aufgebaut. Auch nach Abschluss der Sanierungen stand es weiterhin leer. Der private Eigentümer wurde wegen Zweckentfremdung von Wohnraum angezeigt. Im Oktober 2010 wurde es symbolisch besetzt und umgehend geräumt.

23. April 2011 **Altes Finanzamt Altona / Kleine Bergstraße**
Das über mehrere Jahre leerstehende Gebäude des ehemaligen Finanzamtes wurde mit der Forderung nach einem Stadtteilzentrum besetzt und binnen weniger Stunden von der Polizei geräumt.
3. November 2012 **Horner Landstraße 369**
Die seit mehreren Jahren leerstehende Villa wurde besetzt und durch einen massiven Polizeieinsatz geräumt.
10. November 2012 **Bleicherstraße 14**
Das alte Hufschmiedgebäude im Hinterhof wurde im Rahmen einer Mieterdemonstration und der 25-jährigen Jubiläums-Feier der sogenannten Barrikadentage 1987 besetzt und nach vier Stunden, unter zum Teil massivem Einsatz von Pfefferspray, von der Polizei geräumt.
1. April 2013 **Weidenallee 52**
Die Gründerzeitvilla sollte gegen den Willen der ehemaligen Mieter_innen abgerissen werden und einem Neubau mit Tiefgarage weichen. Ostermontag wurde das leerstehende Gebäude für kurze Zeit besetzt. Als die Polizei eintraf, hatten die Besetzer_innen das Gebäude bereits verlassen.
11. Mai 2013 **Breite Straße 114 und 116**
Die beiden Gründerzeithäuser wurden besetzt und mit Redebeiträge auf die Situation des seit drei Jahren bestehenden und vom Verein Mieter helfen Mietern angezeigten Leerstands hingewiesen. Nach wenigen Stunden wurde die Aktion durch die Polizei unter Anwendung von Gewalt beendet.
12. Mai 2013 **Marktstraße 137**
Das Haus wurde von vier Personen besetzt und noch am selben Nachmittag von der Polizei wieder geräumt.
7. Juni 2013 **Altes „Spiegel“ Gebäude / Willy-Brandt-Straße**
Es gab eine Besetzungsparty gegen Leerstand. Die Polizei war nach kurzer Zeit mit mehreren Hundertschaften sowie Wasserwerfern und Räumpanzer vor Ort. Durch Verhandlungen war es möglich, das Gebäude ohne Kontrollen zu verlassen.

Wie geht eine Räumung vonstatten?

Im Haus herrscht reger Betrieb, alle sind froh, etwas besetzt zu haben und schauen sich neugierig im Gebäude um. Hier könnten wir einen Sportraum reinmachen und hier eine Bibliothek...doch das Glück währt nicht lange. Die Staatsmacht steht vor der Tür. Was tun?

Die Polizei wird versuchen, so schnell wie möglich den/die Hauseigentümer_in oder eine_n Vertreter_in zu erreichen, weil sie nicht genau weiß, ob die Besetzung nicht vielleicht geduldet wird. Dies ist aber äußerst selten! Bei Objekten städtischer Liegenschaften oder von kommunalen Hausverwaltungen sind oftmals schon Kontaktdaten oder von Berechtigten, die Strafanträge stellen dürfen, bei der Polizei hinterlegt. Sobald der Polizei – auch telefonisch – mitgeteilt wird, dass die Besetzung nicht geduldet wird, kann sie mit einer Räumung beginnen.

Dann braucht die Polizei zunächst Informationen, um abzuschätzen, ob eine Räumung möglich ist und wenn ja, mit welchen Mitteln. Dazu können im Haus Zivis eingesetzt werden und Streifen kontrollieren die Umgebung. Wenn ihr wollt, könnt ihr versuchen, mit der Polizei zu verhandeln, indem ihr z.B. ein sicheres Handy⁸ nur für den Polizeikontakt benutzt. Wenn ein Ultimatum ausgehandelt wird, könnt ihr besser einschätzen, wann was beschlossen und erledigt sein muss.

Die Erfahrung zeigt, dass auch geräumt werden kann, wenn vorgegeben wurde, die Polizei würde von einer Räumung vorerst absehen. Trefft rechtzeitig Gegenmaßnahmen und lasst euch nicht verarschen. Besprecht gemeinsam mit euren Freund_innen und allen anderen Menschen im Haus euer weiteres Vorgehen. Sinnvollerweise habt ihr vor der Aktion Bezugsgruppen gebildet und in Ruhe einige Situationen durchgesprochen, um jetzt nicht alles ausdiskutieren zu müssen.

Wenn eine Räumung bevorsteht, rollt mindestens eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei an. Die Zufahrtswege zum Haus werden abgesperrt. Es können Personalienkontrollen und Durchsuchungen auf dem Weg zum besetzten Haus oder davon weg stattfinden. Wenn die Räumung ansteht, wird die Polizei niemanden mehr zum Haus durchlassen. Spätestens jetzt sollten die Besetzer_innen entschieden haben, wie sie mit der Situation umgehen, also ob sich die Leute raustragen lassen, sie freiwillig gehen, das Haus militant verteidigt wird...

Die Polizei dringt dann entweder in das Haus ein, um die Besetzer_innen im Haus festzunehmen oder aber sie fordern die Besetzer_innen zum Verlassen des Hauses auf, um diese dann vor dem Gebäude festzunehmen. Häuser von unten nach oben zu räumen ist der offensichtlichste Weg,

⁸ Das ist ein Handy, das du nur bei Aktionen anstellst und das mit einer Sim-Karte läuft, die nicht auf deinen Namen angemeldet ist. Außerdem sollten auf diesem Handy möglichst keine Nummern gespeichert sein, damit die Polizei diese Daten nicht einsammeln kann.

aber nicht immer der, den die Polizei wählt. Seid darauf vorbereitet, dass die Polizei euch mit Täuschungsmanöver austricksen will, indem sie z.B. gegenüber der Presse behauptet, vorerst nicht zu räumen, aber trotzdem genau das unmittelbar vorbereitet. Die Polizei muss nicht immer in ihren Einsatzfahrzeugen vorfahren, sondern kann auch getarnt in zivilen LKW herangeführt werden, um euch wenig Vorwarnzeit zu lassen. Ist der Weg irgendwo versperrt, versuchen die Polizist_innen, diesen frei zu räumen oder über andere Stockwerke oder Dächer von Nachbarhäusern zu kommen. Wenn sie sich an den Hauseingängen zu schaffen machen, werden sie oft laut und brüllen rum, damit ihr den Kopf verliert. Daher atmet ruhig durch und lasst euch nicht verrückt machen. Entscheidet schnell und faktenbezogen, aber nicht überstürzt.

Die Polizist_innen müssen in jeden Raum rein und alle aufgefundenen Personen nach draußen bringen. Dazu umstellen sie das Haus, sichern alle Zugangs- und Fluchtwege ab und sammeln sich im Haus, wo sie dann als geschlossene Gruppen vorgehen. Die Öffentlichkeit wird möglichst ausgeschlossen, damit Pressevertreter_innen oder Kameraleute draußen nichts mitbekommen.

Anschließend fordern sie eine Person nach der nächsten auf, mitzukommen und führen sie ab oder tragen/schleifen sie weg. Die Besetzer_innen werden durchsucht, möglicherweise auch gefilmt/fotografiert und ihre Personalien aufgenommen. Verdächtige Gegenstände können beschlagnahmt werden. Dann erhalten die Besetzer_innen entweder einen Platzverweis und dürfen gehen oder aber sie werden zunächst in Polizeigewahrsam genommen und auf einer Polizeiwache festgehalten, bis sich die Situation aus Sicht der Polizei beruhigt hat.

Zum genaueren Umgang mit der Polizei empfehlen wir die Broschüre "Was tun wenn's brennt", die du im Infoladen bzw. bei deiner Ortsgruppe der Roten Hilfe bekommst oder online auf der Webseite der Roten Hilfe e.V. (www.rote-hilfe.de oder www.hamburg.rote-hilfe.de).



Kleine Rechtsfibel zu Besetzungen und Räumungen

Hausfriedensbruch gemäß §123 StGB kann mensch durch zwei verschiedene Tathandlungen begehen. Zum einen in der Form des widerrechtlichen Eindringens (Betretens) eines Hauses, wobei nicht unbedingt eine Tür aufgebrochen werden muss, sondern auch das Einsteigen durch ein offen stehendes Fenster genügen kann. Zum anderen in der Form des unbefugten Aufhaltens im Haus trotz Aufforderung eines/einer Berechtigten, das Haus zu verlassen. „Berechtigte_r“ ist eigentlich der/die Eigentümer_in, die Befugnis zur Aufforderung darf aber auch an die Polizei weitergegeben werden. Die beiden genannten Tathandlungen können auch parallel gegeben sein. Die Tat des Hausfriedensbruchs wird nur auf Antrag des/der Hauseigentümer_in verfolgt, der schriftlich innerhalb von drei Monaten gestellt werden muss. Es handelt sich also immer um eine Entscheidung, welche auch von dem Druck abhängen kann, den ihr mit eurer politischen Strategie aufbaut.

Wenn du in einer Sitzblockade bist, wirst du gefragt, ob du freiwillig gehst; du wirst dann abgeführt. Wenn du dich weigerst, wirst du weggetragen oder rausgeschleift, wozu die Polizei Gewalt anwenden kann (z.B. Schläge, Armverdrehen, Pfefferspray...), um Menschenketten zu lösen. Manchmal behauptet die Polizei, Leute hätten sich aktiv gewehrt und erstattet Anzeigen wegen **Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte** (§113 StGB).

Eine **Sachbeschädigung** (§303 StGB) liegt vor, wenn bei der Besetzung gesprayt wurde, Türen aufgebrochen wurden, um ins Haus zu kommen und ähnliches. Hier versucht die Polizei, Beweismittel zu sichern. Entsprechendes Werkzeug, Kleidung mit Farbspritzern, Spraydosen, Caps usw. solltest du entsorgen (nach der Aktion, bei drohenden Hausdurchsuchungen auch aus der Wohnung und dem Hausmüll), damit dir die Polizei aus dem Fund bei der Durchsuchung keinen Strick drehen kann; denk auch an Handschuhe gegen Fingerabdrücke auf Gegenständen, die bei ihrem Fund mit Straftaten in Verbindung gebracht und darum beschlagnahmt werden könnten. Werden solche bei dir gefunden, wirst du außerdem festgenommen. Etwas sagen oder z.B. die Abnahme gefundener Gegenstände unterschreiben solltest du während der gesamten Ingewahrsamnahme sowieso nie - du bist nicht dazu verpflichtet und schadest dadurch potentiell dir und anderen (mehr Infos in der Broschüre „Bitte sagen Sie jetzt nichts“, online unter <http://www.rote-hilfe.de/downloads>).

Eine **Körperverletzung** (§223 StGB) wird von der Polizei oft auch auf der Spontandemonstration während oder nach der Räumung provoziert. Die Polizist_innen werden dann versuchen, dich rauszugreifen und festzunehmen. Nicht immer wirst du dann auch zum Polizeipräsidium gebracht, aber auf jeden Fall werden deine Personalien aufgenommen, du wirst durchsucht und erhältst einen Platzverweis und meist eine Strafanzeige.

Das rechtliche Nachspiel

Die **Vorladung** ist meist das erste, was bei dir im Briefkasten landet, wenn deine Personalien aufgenommen wurden und du verdächtigt wirst, eine Straftat begangen zu haben. Darin steht, dass du als Zeug_in oder Angeschuldigte_r bei der Polizei erscheinen sollst. Dort wirst du befragt und sollst Stellung zur Tat beziehen – die Beamt_innen versuchen also, alles Mögliche aus dir rauszuquetschen, um Beweismittel gegen dich und andere zu sammeln. Du bist nicht verpflichtet, zu einer Vorladung zu gehen. Daher empfehlen wir dringend, dort nicht zu erscheinen sowie auch allgemein die Aussage zu verweigern; beides ist dein Recht und davon solltest du auch Gebrauch machen. Aussagen helfen dir nicht, im Zweifel schadest du dir und anderen. Ein Nichterscheinen wird als Aussageverweigerung gewertet. Als Angeschuldigte_r darf dir hieraus niemals ein juristischer Nachteil entstehen. Statt einer Aussage bei der Polizei empfiehlt es sich, dass du frühzeitig eine_n Anwält_in beauftragst, der/die Akteneinsicht beantragt. Dann solltest du dich mit den anderen Betroffenen und Deiner Ortsgruppe der Roten Hilfe e.V. zusammensetzen und eine Prozessstrategie planen.

Lesetipp: Broschüre "Bitte sagen Sie jetzt nichts!", auch die gibt's im Infoladen oder online unter <http://www.rote-hilfe.de/downloads>

Danach gibt es im rechtlichen Nachspiel mehrere Möglichkeiten: Entweder wird dir eine Einstellung wegen Geringfügigkeit, oft aber nur gegen Zahlung einer Geldbuße, angeboten gemäß § 153 a Strafprozessordnung. Wenn du das akzeptierst, gilt dies nicht als Vorstrafe. Wahrscheinlicher aber ist, dass du entweder eine Anklageschrift oder aber einen Strafbefehl erhältst. Bei einer Anklage kommt es in der Regel zu einem Prozess vor Gericht. Ein Strafbefehl hingegen stellt eine schriftliche Verurteilung dar. Wenn du den Strafbefehl akzeptierst, gilt dies als Vorstrafe. Du kannst innerhalb von zwei Wochen nach der amtlichen Zustellung an dich gegen den Strafbefehl Einspruch einlegen. Dann kommt es zum Prozess vor Gericht. Für den Einspruch gilt das Eingangsdatum beim Gericht. Wenn du in den Urlaub fährst oder ähnliches, stelle unbedingt einer Vertrauensperson eine Vollmacht aus, um an deiner Stelle Einspruch einzulegen. Wenn du eine_n Anwält_in eingeschaltet hast, wird der/die das für dich erledigen. Den Einspruch kannst du bis zum Prozess jederzeit ohne negative Konsequenzen zurückziehen, es gilt dann lediglich die ursprüngliche Strafe.

Kommt es zu einem Gerichtsprozess, wird dir manchmal ein Deal angeboten: Das Verfahren wird mit oder ohne Geldbuße eingestellt, wenn du die Tat gestehst oder sogar andere belastest. Ohne Rücksprache mit deiner Bezugsgruppe und deinem Anwält_in solltest du auf einen solchen Deal nicht eingehen. Dass du andere nicht belastest, versteht sich dabei von selbst.

Was könnte also bei einem Verfahren rauskommen?

Bei der **Einstellung des Verfahrens** werden dir zwar Kosten entstehen – du musst Anwalts- und Gerichtskosten und möglicherweise eine Geldauflage zahlen. Das Gute an der Einstellung ist aber, dass du nicht verurteilt bist. Jede Verurteilung gilt als Vorstrafe und wird im so genannten **Bundeszentralregister** vermerkt. Die Vorstrafe kann dir dann bei einem eventuellen nächsten Prozess als erschwerend vorgehalten werden. Davon unabhängig ist die Eintragung im polizeilichen Führungszeugnis. Eine solche erfolgt nur, wenn du mehr als einmal verurteilt wurdest oder aber einmalig eine Strafe von mehr als 90 Tagessätzen erhältst. Nur das Führungszeugnis, nicht den Auszug aus dem Bundeszentralregister musst du bei manchen Jobs vorlegen.

Bei Verurteilungen gelten **Straftilgungsfristen**. Das heißt, Einträge ins Bundeszentralregister werden nach einer gewissen Zeit gelöscht. Wenn du einmal zu maximal 90 Tagessätzen verurteilt wurdest, wird dein Eintrag nach fünf Jahren gelöscht; bei einer weiteren Verurteilung mit max. 90 Tagessätzen nach zehn Jahren. Das Löschen kann "vergessen" werden, daher solltest du das nochmal zusätzlich beantragen, wenn es soweit ist.

Zum genaueren Umgang mit der Polizei empfehlen wir die Broschüre "Was tun wenn's brennt", die du im Infoladen deines Vertrauens bekommst oder online auf der Webseite der Roten Hilfe (www.rote-hilfe.de oder www.hamburg.rote-hilfe.de)

Solidarität ist eine Waffe

Hausbesetzungen sind richtig und wichtig. Darum kannst du dir sicher sein, mit möglichen Konsequenzen nicht allein gelassen zu werden. Mit dem richtigen Umgang lassen sich viele negative Konsequenzen auffangen! Wenn dir bei der Besetzung **Polizeigewalt** widerfahren ist oder du dich seit der Aktion schlecht fühlst, kannst du dich an die Hamburger Out-of-action-Gruppe wenden. Lass Verletzungen ärztlich attestieren und fertige ein Gedächtnisprotokoll an. Selbst wenn du einmal deshalb **verurteilt** wirst, ist das kein Weltuntergang. Wir wollen niemanden im Regen stehen lassen – das ist aber nur möglich, wenn du dich bei Repression zeitnah bei der Roten Hilfe meldest, damit wir dir helfen können. In der Regel unterstützt dich die Rote Hilfe mit 50% der Prozesskosten. Darüber hinaus solltet ihr selbst Antirepressionsstrukturen aufbauen, z.B. Soliparties organisieren, um Geld für anstehende Prozesse zu sammeln. Baut öffentlichen Druck auf, dann besteht eine gute Chance, dass Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs zurückgenommen werden. Neben den direkten Folgen wirken Repression und Einschüchterung im Vorfeld und sollen uns davon abhalten, überhaupt aktiv zu werden. Demgegenüber stellen wir unsere gute Vorbereitung und die Entschlossenheit, für eine befreite Gesellschaft in selbstbestimmten Strukturen zu kämpfen.



Wir beraten und unterstützen Menschen, die wegen linken politischen Aktivitäten von staatlichen Repressionsorganen (Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichten) verfolgt werden. Wir organisieren politische sowie finanzielle Unterstützung. Wir bitten euch auch, uns davon in Kenntnis zu setzen, wenn es zu Anquatschversuchen seitens der Geheimdienste kam. Wir helfen euch, eure Lage zu überschauen und notwendige Schritte einzuleiten, vermitteln solidarische Anwälte und Anwältinnen und begleiten euch politisch während möglicher Gerichtsverfahren, Verurteilungen, etc... Jeden **Dienstag von 19.30 bis 20 Uhr** bieten wir im Centro sociale, Sternstr. 2 (Eingang etwas versteckt gegenüber der Buchhandlung) eine **Beratung** an - kommt einfach vorbei!

Last but not least bieten wir kostenfreie **Workshops für Aktivist_innen und Gruppen** in und um Hamburg an:

1. Was tun wenn's brennt

Wer an Demonstrationen oder Veranstaltungen teilnimmt, läuft immer auch Gefahr, mit Polizei und Justiz konfrontiert zu werden. Damit diese Begegnung nicht zum Desaster wird, bereiten wir euch in diesem Workshop auf solche Konfrontationen vor. Es gibt viele nützliche Tipps & Tricks zum Umgang mit staatlichen Repressionsorganen in brenzligen Situationen: angefangen mit der Vorbereitung auf eine Demo, über das Verhalten bei Übergreifen, Hausdurchsuchungen und bei Festnahmen bis hin zu den Nachwehen wie Strafbefehlen, Gerichtsverfahren und DNA-Entnahmen.

2. Datensicherheit

Wer politisch aktiv ist, kommt oft nicht um die Kommunikation per E-Mail herum. Dabei ist diese Art der Verständigung allerdings sehr unsicher - allein im Jahr 2010 wurden in Deutschland 37 Millionen Mails staatlich überwacht. Grund genug, sich durch Verschlüsselung vor unerwünschten Mitleser_innen zu schützen! E-Mail-Verschlüsselung ist einfach und sicher. Die Gruppe conundrum, die sich die digitale Selbstverteidigung im Netz zum Ziel gesetzt hat, und die Rote Hilfe Hamburg bieten in Kooperation einen Workshop zum Thema Datensicherheit für politische Aktivist_innen und Gruppen an. Nach einer kurzen theoretischen Einführung werden alle Teilnehmer_innen in die Lage versetzt, verschlüsselte Mails zu senden und empfangen und es besteht die Möglichkeit, einen verschlüsselten Mailverteiler für eure Gruppe einzurichten.

Beide Workshops dauern je 2-3 Stunden und sind kostenfrei. Schreibt einfach eine Mail, damit wir Zeit und Ort vereinbaren können - wir kommen auch gern bei euch vorbei.

Web: <http://hamburg.rote-hilfe.de>

Mail: hamburg@rote-hilfe.de (PGP-Key auf unserer Webseite)



Wenn's mit dem Wohnraum knapp wird...

Inspiziert von den Besetzungsbüros in Amsterdam⁹ und Barcelona treffen wir uns seit Herbst 2012 jeden 2. und 4. Dienstag im Café de Kraak¹⁰. Uns geht es u.a. darum, in einer entspannten Atmosphäre die Aktualität und Notwendigkeit von Hausbesetzungen zu beleuchten und kontinuierlich ins Gedächtnis zu rufen. Dazu gehören auch Infoveranstaltungen mit eingeladenen Menschen zu den verschiedenen Arten von Hausbesetzungen, wie beispielsweise den Aktionen von Urban Ätsch, den Besetzungen in der Bleicherstraße oder Villa Behnke. Und wie wir Alle wissen, folgen nach Hausbesetzungen (leider) immer auch staatliche Repressionsmaßnahmen. Deshalb hatten und werden wir weiterhin Veranstaltungen mit Anwält_innen zu diesem Thema organisieren, damit sich offene Fragen klären lassen, sich das eventuell noch verbliebene flauere Restgefühl im Magen minimiert oder auch Raum gegeben ist, Infos und Tipps zu bekommen, an die selbst noch gar nicht gedacht worden sind. Zudem wollen wir Interessierte mit grundlegenden Infos versorgen, wie z.B. mit einer Fotosammlung leer stehender Gebäude und praktischen Tipps in Papierform.

Wir verstehen das Café sowohl als einen Ort für Infrastruktur, an dem Erfahrungen geteilt werden, Infos und Tipps zu bekommen sind und Menschen sich treffen können, um sich zu vernetzen. Zugleich sehen wir uns als solidarischen Teil der vielfältigen Häuser- und Antigentrifizierungsbewegung und freuen uns über Besuch, wie bisher, um nur einige zu nennen, von der Gruppe für ein AZ Altona oder der Initiative zum Erhalt der Esso Häuser auf St. Pauli. Häufig schauen wir auch gemeinsam Filme um uns die spannende Geschichte der Häuserkämpfe zu vergegenwärtigen.

Jedoch möchten wir keinesfalls einfach Etwas vorgeben, sondern mit Interessierten – also euch – zusammen dafür sorgen, dass das Café de Kraak Anstöße gibt, zum Diskutieren über Vergangenes und Aktuelles anregt, zum Ausprobieren von Neuem einlädt, Ideen ausgetauscht werden und um sich kennen zu lernen.

Also, kommt gern vorbei, bringt eure Kids mit (das Café ist nämlich rauchfrei!) und vernetzt euch bei lecker Essen und Trinken!

9 <http://www.youtube.com/watch?v=3pqYMdweIc>

10 <https://network23.org/cafekraak/>

Weitere unterstützende Gruppen in Hamburg

Skills for Action:

Skills for action ist ein Netzwerk bewegungsorientierter Aktions-TrainerInnen. Angeboten werden Trainings für Neulinge und Erfahrene, für Einzelpersonen, die sich zu einer Aktion zusammenfinden wollen sowie bestehende Bezugs- und Aktionsgruppen, die sich gemeinsam vorbereiten wollen: Aktionsvorbereitung und -planung, Kommunikation und Entscheidungsfindung in und zwischen Bezugsgruppen, ziviler/sozialer Ungehorsam, Blockadetechniken, Rechtshilfe.

<http://www.skills-for-action.de>

Out of Action:

Out of Action ist eine Gruppe, die zu den psychischen Folgen von Repression und Gewalt arbeitet: Sie informieren über das Thema Traumatisierung im Kontext von linkem politischen Widerstand, bieten emotionale erste Hilfe an und kämpfen für einen solidarischen Umgang miteinander. In Hamburg gibt es die Möglichkeit, **jeden ersten und dritten Mittwoch ab 18.30h bis 20h im Schwarzmarkt** zur Sprechstunde von out of action zu kommen.

<https://outofaction.net>

EA Hamburg:

Der Ermittlungsausschuss Hamburg ist in der Regel bei Demos/Aktionen in Hamburg und Umgebung besetzt und unter der Nummer 040-43278778 erreichbar. Der EA versucht, Rechtsanwält_innen zu vermitteln und zu gewährleisten, dass Menschen nicht spurlos verschwinden, ewig im Knast sitzen etc. Wenn ihr festgenommen werdet oder Festnahmen beobachtet, meldet euch beim Ermittlungsausschuss!

<http://www.ea-hh.org/>

Lesetipps...

Wege durch die Wüste - Ein Antirepressionshandbuch für die politische Praxis, Unrast-Verlag, 2007

„Bitte sagen Sie jetzt nichts!“ und „Was tun wenn's brennt?“, Broschüren der Roten Hilfe; sowie Bezugsgruppenreader und ein Haufen weiterer nützlicher Infos: <http://rotehilfegreifswald.blogspot.de/dokumente/>

Infos über die Struktur und Vorgehensweise der BFE:
<http://droogs99.de/main/lesestoff/BFE.pdf>

Beitrag von LISA:2: „Staatliche Repression ist alltäglich“
<http://lisa2.blogspot.de/2013/02/14/staatliche-repression-ist-alltaeglich/>

...so viele unbesetzte
Häuser...

